

Ribhegges Fehlstart: Eine Replik

von Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn

erschieden in:

„Wirtschaftsdienst“, 1992/III, S. 157-158

Ribhegges Fehlstart: Eine Replik

Unser Kommilitone Hermann Ribhegge weiß nicht, was er will. In der ersten Hälfte seines Beitrages argumentiert er mit Verve gegen Stimmrechte für Restbeteiligungen, in der zweiten votiert er für solche Stimm-

rechte. Wir werden aus seinen Ausführungen nicht schlau. Jedenfalls wollen wir keine Stimmrechte und haben das auch ausgeführt. Es geht uns bei unserem Vorschlag darum, die private Investitionstätigkeit zu beleben. Stimmrechte wären hinderlich, weil sie die Gefahr einer politischen Einflußnahme auf die Unternehmensentscheidungen vergrößern und Investoren abschrecken würden.

Gerlinde Sinn, Dipl.-Volkswirtin, ist freiberufliche Wissenschaftlerin, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, 43, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Der Hauptvorteil, den Restbeteiligungen unter Effizienzgesichtspunkten aufweisen, liegt darin, daß den Unternehmen der Kaufpreis in Form haftenden Eigenkapi-

tals wieder zur Verfügung gestellt wird. Angesichts der Kreditbeschränkungen und der Risikoaversion der Investoren kann von dieser Regelung eine deutliche Beschleunigung der Investitionstätigkeit erwartet werden. Warum nur geht Ribhegge auf dieses Problem nicht ein?

Der Vorwurf, die Restbeteiligungen stellten ein „Linsengericht“ für die ostdeutsche Bevölkerung dar, verkennt, daß die Lohnzurückhaltung starke Wertsteigerungen induzieren wird. Jedes Jahr, um das der Sozialpakt die Lohnverdoppelung verzögert, erhöht den Wert der Restbeteiligungen um einen dreistelligen Milliardenbeitrag.

Daß unser Vorschlag die alten Seilschaften begünstigen würde, stimmt nicht. *Alle* früheren Beschäftigten sollen beteiligt werden. Der Stichtag für die Zuweisung von Belegschaftsanteilen muß vor den Beginn der Entlassungswellen gelegt werden. Im übrigen gibt es eben nicht nur Belegschaftsanteile. Auch die allgemeine Bevölkerung soll begünstigt werden.

Ribhegge kritisiert, daß wegen der Wanderungen und Umstrukturierungen der Wirtschaft in Zukunft mit einer kontinuierlichen Abnahme der Korrelation zwischen Beschäftigung und Anteilsbesitz zu rechnen ist, aber, wie er selbst konzediert, werden durch die Entkoppelung von Anteilsbesitz und Beschäftigung die Anreize zur Neubeschäftigung von Arbeitnehmern maximiert. In der Entkoppelung die Gefahr sozialen Unfriedens zu sehen, zeugt von übermäßigem Pessimismus. Die Entkoppelung von Besitz und Beschäftigung ist beim Verkaufsverfahren der Treuhandanstalt viel größer als bei unserem Vorschlag.

Sie läßt sich in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht vermeiden.

Wie dieses Argument vermögen wir manches andere von dem, was Hermann Ribhegge ausführt, nicht nachzuvollziehen. Großenteils polemisiert er mit emotionsbeladenen Reizworten, deren exakte Beziehung zu unseren Vorschlägen im dunkeln bleibt.

An unserer durch internationale Vergleiche und theoretische Erwägungen erhärteten Kritik an der ostdeutschen Lohnentwicklung kommt jedenfalls auch Ribhegge nicht vorbei. Ostdeutschland kann im nächsten Jahr noch keine japanischen Löhne verkraften! Die Lohnentwicklung droht, die neuen Pflänzchen, aus denen sich die Wirtschaft der neuen Bundesländer entwickeln muß, im Keim zu ersticken, und sie vernichtet, wie die Massenarbeitslosigkeit zeigt, mehr Arbeitsplätze, als für eine effiziente Systemtransformation erforderlich ist. Die geplante Tariflohnentwicklung ist das Ergebnis von Stellvertreter-Verhandlungen, bei denen sich westdeutsche Tarifpartner eine Niedriglohnkonkurrenz im Osten vom Leibe halten wollten. Es muß etwas geschehen, um diese Ergebnisse zu korrigieren. Tariflöhne sind Mindestlöhne, die verbieten, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei niedrigeren Löhnen einigen, doch der Vereinbarung höherer Löhne schieben sie keinen Riegel vor. Angesichts der Ungewißheit über die richtige Lohnhöhe muß in den neuen Bundesländern mehr Lohnflexibilität hergestellt werden, und dies verlangt nun einmal einen Verzicht auf die Tariflohnangleichung bis zum Jahre 1995.

Wir warten nun auf Ribhegges Vorschläge zur Lösung des Problems.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Jan Osers

ZWISCHEN PLAN UND MARKT

Die Suche nach einer humanen Wirtschaft

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus geht die vorliegende Studie der Frage nach, ob die „samtenen Revolutionen“ in Osteuropa das unwiderrufliche Ende des „Sozialismus“ bedeuten oder ob nicht eine neue Diskussion um den Sozialismus, die theoretische Konzeptionen schonungslos auf ihre Realisierbarkeit und Menschlichkeit zu prüfen haben wird, doch wertvolle Anregungen zu einer weiteren Demokratisierung und Humanisierung unserer heutigen Ordnungen leisten kann. Die Auseinandersetzungen des Autors mit verschiedenen ordnungspolitischen Modellen geht dabei weit über einen rein intellektuellen Diskurs hinaus.

Großoktav,
209 Seiten, 1991,
brosch. DM 64,-
ISBN 3-87895-399-2

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG